

Plenum Aktuell

Stuttgart, 6. Oktober 2010

Der Weg der Vernunft:
Vertrauen schaffen, Menschen zusammenführen

Rede des
Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Nils Schmid

Aussprache im Landtag von Baden-Württemberg
am Mittwoch, 6. Oktober 2010
zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Mappus
zu Stuttgart 21

Es gilt das gesprochene Wort!



Anrede,

Ministerpräsident Mappus hat in seiner Regierungserklärung Vieles und Wichtiges zu Stuttgart 21 gesagt. Er hat aber wenig dazu gesagt, wie er das Land aus der Sackgasse herausholen will, in der es steckt. So sehr ich die Ausführungen dazu teile, weshalb Stuttgart 21 und die Neubaustrecke von Ulm nach Wendlingen unerlässlich für die Verkehrsinfrastruktur sind, so sehr bedauere ich es, dass Herr Mappus diese Rede erst jetzt gehalten hat.

Denn die bröckelnde Akzeptanz für Stuttgart 21 hat sehr viel damit zu tun, dass der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, dass die Landesregierung in Gestalt des damaligen Verkehrsministers Rech und dass der damalige Fraktionsvorsitzende Mappus sowie der damalige Ministerpräsident Oettinger es jahrelang versäumt haben, Überzeugungsarbeit für dieses wichtige Infrastrukturvorhaben zu leisten.

Jetzt werden all diese Argumente auf wenig fruchtbaren Boden fallen. Denn es geht schon lange nicht mehr um das Ja oder Nein zu Stuttgart 21, sondern es geht darum, dass diese Sachauseinandersetzungen sich zu einer tiefen Vertrauenskrise ausgeweitet haben, die das demokratische Miteinander in unserem Land einer schweren Belastungsprobe aussetzt.

Heute hat der Ministerpräsident versucht, auch durch seine Wortwahl, Mäßigung einkehren zu lassen. Mit den Worten aber, die Sie in den letzten Wochen gebraucht haben – Ihre Äußerung beispielsweise, man habe Ihnen den Fehdehandschuh hingeworfen - haben Sie bewusst auf Konfrontation gesetzt und das Klima angeheizt, Herr Mappus. Jetzt sehen Sie das Ergebnis.

Sie haben aus wahltaktischen Motiven auf Eskalation und Konfrontation gesetzt, und Sie haben damit dem Ruf des Landes schweren Schaden zugefügt. Schauen Sie sich einmal an, welche Bilder aus Stuttgart, aus Baden-Württemberg in die Welt hinaus gesendet worden sind.

Vor allem aber haben Sie ganz nebenbei dem Projekt Stuttgart 21 einen Bären- dienst erwiesen. Denn eines ist klar: In dieser Situation kann man ein solches Großprojekt nicht mit Wasserwerfern und Pfefferspray durch knüppeln, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben heute überhaupt nicht deutlich gemacht, wie Sie sich eine politische Lösung für diese schwere Belastungsprobe unserer demokratischen Gesellschaft vorstellen. Sie scheinen überhaupt noch nicht begriffen zu haben, dass sich politische Führung jetzt darin zeigt, dass man Menschen nicht weiter auseinander treibt, sondern sie zusammenführt!

Ich sage noch einmal: Politik ist die Kunst, Konflikte friedlich zu lösen, Brücken zu bauen. Wenn Sie sagen: „Schienen führen Menschen zusammen“, dann ist das richtig. Aber auch die Politik muss Menschen zusammenführen, Herr Mappus.

Wenn ich mir aber anschau, in welchen Zustand nicht nur die Stadt Stuttgart, sondern das gesamte Land geraten ist, dann sehe ich, dass die Gesellschaft gespalten ist. Die nationale und internationale Öffentlichkeit reibt sich die Augen angesichts der Frage, weshalb sich ein Bahnprojekt so auswirken kann, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Zehntausenden friedlich auf die Straße gehen. Der Riss geht inzwischen quer durch Familien. Kanzlerin Merkel spricht sich machtvoll und wiederholt für S 21 aus, ihre Cousine hingegen hat sich in Stuttgart als Parkschützerin eingetragen.

Wir laufen Gefahr, dass die Auseinandersetzung um S 21 zum Grundton wird, der bei allen anderen Themen mitschwingt. In Stuttgart ist dieser Zustand längst erreicht, wo alte Rechnungen beglichen und immer neue aufgemacht werden, wo Dauerstreit das Prinzip ist und nicht mehr das Wohl der Stadt in der ersten Reihe steht. Wir erleben gerade, wie dieses Grundmuster, das fein säuberlich nach Gut und Böse sortiert, sich ins Land ausbreitet. Wenn wir nicht aufmerksam und konsequent sind und genau auf die Ursachen dieser Entwicklung achten, dann ist auch das Land insgesamt auf diesem Weg in die tiefe Spaltung nicht aufzuhalten. Ich sage Ihnen, manche Töne, sowohl von den Gegnern wie den Befürwortern des Projekts, sind in dieser Debatte nicht dazu angetan, den Weg der Vernunft zu gehen.

Die Diskussion um Stuttgart 21 greift aber viel tiefer. Sie zeigt, dass es ein abgrundtiefes Misstrauen gegen das Handeln von Politik gibt. Mit diesem Misstrauen ist die Politik, sind wir Politiker im Kern getroffen. Denn die Politik lebt davon, dass die Menschen vertrauen und nicht misstrauen. Gerade für uns Abgeordnete gilt aber, dass die Menschen uns das Mandat in der Erwartung geben, dass wir uns nach bestem Wissen und Gewissen um ihr Wohl und Wehe kümmern. Sie geben uns einen Vertrauensvorschuss.

Wenn aber statt Vertrauen Misstrauen herrscht, wenn von vornherein der gute Wille, das Ringen um Argumente abgesprochen wird, wenn die Befürworter dieses Projekts mit dem unsäglichen Prädikat „Lügenpack“ beschimpft werden, wenn Gegner dem Ministerpräsidenten vorwerfen, er wolle Blut sehen, dann steht mehr auf dem Spiel als die Auseinandersetzung um diesen Bahnhof.

Diese Entwicklung reiht sich ein in einen lang anhaltenden Prozess des Vertrauensverlusts der Bevölkerung, der Desillusionierung der Menschen über Politik und ihre Fähigkeit, Probleme zu lösen. Dies wird jetzt beschleunigt durch die Debatte

um S 21. Schon im vergangenen Jahr hat die Bertelsmann-Stiftung festgestellt, dass 70 Prozent der Bevölkerung als „weitgehend resigniert“ eingeschätzt werden müssen im Hinblick auf ihr Vertrauen in die politischen Mandatsträger. Die Untersuchung spricht von einem breitflächigen Vertrauensverlust. Offenbar braucht es nur wenig, um von dort aus den Schritt zu jener unseligen Aggression zu tun, die in Vokabular wie „Lügenpack“, „Demokratiefeinde“ etc. zum Ausdruck kommt.

Deshalb sage ich Ihnen ganz ernsthaft: Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger vom Vertrauen in das Verfahren leben, das zu politischen Entscheidungen führt. Dieses Vertrauen ist gefährdet, wenn sich bei allzu vielen Bürgern der Eindruck festsetzt, dass sie nicht ernst genommen werden mit ihren Argumenten, mit ihren Ängsten und Einwänden. Deshalb wollen wir – und das sollten wir alle tun – offensiv der Auffassung gegensteuern, dass die Leute über ihre Köpfe hinweg regiert werden.

Gerade bei Stuttgart 21 hat sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in Stuttgart die Meinung verfestigt, sie seien nicht befragt worden, sie hätten angeblich keinen Einfluss auf die Entwicklung gehabt. Dabei geht es nach Ansicht vieler Menschen im Land nicht mehr nur um das Für und Wider dieses Projekts, sondern um ein grundlegendes Gefühl des Misstrauens, eine Vertrauensstörung nach dem Prinzip: Wir da unten, Ihr da oben.

Ich will aber deutlich sagen: In der Sachfrage stehen wir als SPD weiter zum Projekt Stuttgart 21, zur Neubaustrecke und den großen Chancen. Genauso deutlich sage ich Ihnen: Kein Bauvorhaben, kein Infrastrukturprojekt ist es wert, dass eine Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt verliert!

Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Regierenden einen Schritt auf die Regierten zugehen. Die demokratische Legitimation von S 21 steht außer Zweifel. Aber die Akzeptanz des Projekts bröseln und bröseln.

Deshalb bedarf es einer zusätzlichen Legitimation für dieses wichtige Infrastrukturvorhaben. Die SPD hat deshalb den Vorschlag gemacht, dass wir mit Ihrer politischen Unterstützung, weil es um die gemeinsame Sache geht und um unser Land, schnellstmöglich eine landesweite, verbindliche Volksabstimmung über Stuttgart 21 und die Neubaustrecke und die Landesbeteiligung daran durchführen und dass bis dahin ein Baustopp erwirkt wird.

Damit haben wir einen Weg aufgezeigt, wie dieser Volksentscheid möglich ist. Vor allem aber haben wir damit einen Weg aufgezeigt, wie in diesem Land wieder Vernunft, Sachargumente und Versöhnung vorherrschen können. Meine Erwartung an die Landesregierung und Herrn Mappus ist, dass Sie sich nicht hinter juristischen Argumenten verschanzen, sondern sagen, ob Sie eine Volksabstimmung wollen oder nicht. Es handelt sich in dieser Situation um eine eminent politische Entscheidung!

Auf dem Weg zu einer solchen Volksabstimmung ist neben einem Baustopp selbstverständlich jedes Dialogforum und jeder Schlichter willkommen. Insofern begrüße ich es auch, dass sich Herr Geißler bereit erklärt hat, in dieser Funktion zur Verfügung zu stehen. Es ist wichtig, dass Kosten, Argumente, Gutachten und Gegengutachten auf den Tisch kommen, dass man sie gemeinsam in Augenschein nimmt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes damit auseinandersetzen können.

Ich sage aber genauso deutlich: Dies darf kein Scheinangebot und kein Placebo sein, sondern muss dazu führen, dass die Menschen auch das letzte Wort über

diese Entscheidung bekommen. Denn wer gute Argumente hat, braucht sich vor dem Volk nicht zu verstecken!

Nach nüchterner Abwägung ist die SPD also unverändert der Auffassung, dass es für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke gute Argumente gibt. Der Herr Ministerpräsident hat sie in seinem Kompendium heute Nachmittag dankenswerterweise dargestellt.

Ich will nur noch einmal deutlich machen, dass für uns Stuttgart 21 und die Neubaustrecke in ein Konzept eingebettet sind, bei dem es darum geht, den Schienenverkehr im gesamten Land voranzubringen, und zwar nicht nur durch S 21 selbst und die damit verbundene Verkürzung von Fahrzeiten, sondern auch durch den Ausbau der Rheintalschiene und den schrittweisen Ausbau von Südbahn und Gäubahn.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die Schieneninfrastruktur im gesamten Land. Wir von der SPD werden beim Bund auch deutlich machen: Ja, S 21 ist wichtig, die Neubaustrecke ist wichtig. Aber wir kämpfen genauso für die Rheintalschiene, für eine menschenfreundliche Trassenführung dort, für die Strecke Mannheim–Frankfurt, für die Südbahn und die Gäubahn. Unser Wirtschaftsstandort kann auf eine ausreichende Schieneninfrastruktur nicht verzichten.

Ich habe die Fahrzeitverkürzung schon als einen wesentlichen Punkt genannt, weshalb wir S 21 unterstützen. Die Kapazität des Bahnknotens Stuttgarts wird nach unserer Überzeugung durch den Umbau des Bahnhofs verbessert. Der Kopfbahnhof ist schon allein aufgrund der Zahl der Zufahrtsgleise nicht so leistungsfähig. Wir glauben, dass der neue Bahnhof auf den Fildern für den Fernverkehr, aber vor allem für den Regionalverkehr eine wichtige Verbesserung bringt.

Schließlich sollten wir gerade auch in unserer Landeshauptstadt die Chancen für die Stadtentwicklung, die durch S 21 geboten werden, offensiv nutzen. Gerade hier offenbart sich das umfassende Versagen von Oberbürgermeister Schuster. Denn in den letzten Jahren haben viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter den Eindruck gewonnen, dass die Neugestaltung von Stadtquartieren mehr von Großinvestoren als von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt vorangetrieben wird. Dieser Eindruck führt auch dazu, dass die Chance von Stuttgart 21 für den Städtebau erst gar nicht wahrgenommen wird. Vielmehr haben die Bürgerinnen und Bürger Angst davor, dass weiterhin Betonklötze in die Stadt hineingelegt werden.

Deshalb ist es unerlässlich, dass wir bei dieser Neuordnung des Stadtquartiers endlich auch die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen lassen. Schließlich ist es auch für das Gesamtgefüge der Stadt gut, wenn der Schienenriegel aufgegeben wird, den das Bahnhofsvorfeld in die Stadt gelegt hat.

Ich möchte aber auch deutlich sagen, dass wir die Alternativkonzepte, die in den verschiedenen Stadien diskutiert worden sind, ernst genommen haben. Wir müssen aber feststellen, dass die sogenannten K-21-Befürworter sich in Widersprüche verheddern und immer wieder unterschiedliche Varianten auf den Tisch gelegt haben. Aus diesem Grund stellen sich Fragen: Gibt es Schnellzüge zum neuen Flughafenbahnhof oder doch nur die S-Bahnen? Ist der Abstellbahnhof weiterhin in der Stadt oder wird er doch in Untertürkheim sein? Diese beiden Beispiele sollen genügen. K 21 ist nicht ausgereift und hat den Status der Bleistiftskizze nicht verlassen.

Aufgrund der Planungen ist inzwischen deutlich geworden, dass S 21 mit der Neubaustrecke von Ulm nach Wendlingen verknüpft ist. Ich bedauere es daher sehr, dass die Grünen inzwischen von diesem Projekt zum Neubau der Strecke Abstand genommen haben. Denn noch im August vergangenen Jahres hieß es,

dass die verkehrliche Notwendigkeit der Schnellbahntrasse nach Ulm unbestritten sei und dass die Grünen sich dazu bekennen. Inzwischen gibt es ein Gutachten, dessen Qualität sehr unterschiedlich eingeschätzt wird.

Die Grünen sind vom Konzept dieser wichtigen Neubaustrecke abgerückt. Daher müssen sie sich fragen lassen: Was wollt ihr denn? Wollt ihr weiterhin ICE und weitere Züge über die alte Filstaltrasse fahren lassen? Wollt ihr eine neue Variante des Projekts der Neubaustrecke, und wenn ja, wie? Oder wollt ihr nicht doch eine Neubaustrecke haben, die zugegebenermaßen Geld kostet, weil es bei uns nun einmal die Schwäbische Alb gibt und nicht die Norddeutsche Tiefebene?

Über all dies, über das Für und Wider, könnten sich die Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Bild machen. Wenn es uns gelingt, dass es nicht mehr um die Frage geht, ob sich Menschen machtlos fühlen und ob über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, sondern wenn es um Sachargumente geht und diese dann das letzte Wort haben, dann ist es so weit, dass ich überzeugt bin, dass die Bühne frei ist für gute Argumente.

Dann müssen wir auch über den Bauzustand der Neubaustrecke im Rahmen des Projekts S 21 abstimmen. Dann wird nicht über ominöse Alternativtrassen, dann wird vielmehr über den Ausstieg aus diesem begonnenen Projekt abgestimmt. Ich bin der Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes dann der Auffassung sind, dass es besser ist – zugegeben – viel Geld für einen neuen Bahnhof und eine Neubaustrecke auszugeben, als viel Geld für den Abbruch des Projekts, dessen Kosten am Land hängen bleiben.

Deshalb meine ich, wir sollten mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Punkt ehrlich umgehen. Dies fordere ich auch von den Gegnern, auch von den Grünen ein. Die Proteste haben ihre Legitimation und ihre Argumente. Aber die Grünen

haben die Gegner ein Stück weit ins politische Niemandsland geführt, weil sie nicht deutlich gemacht haben, wie der Weg mit einer Bürgerbeteiligung aussieht, und sie haben auch nicht deutlich gemacht, dass ein Ausstieg natürlich mit Kosten verbunden ist. Sie haben auch nicht gesagt, wie ein Ausstiegs-Szenario konkret aussehen soll.

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir eine Volksabstimmung veranstalten, dann muss all dies auf den Tisch. Dann müssen auch die Gegner die Karten auf den Tisch legen, genauso, wie die Gegner für ihre Argumente kämpfen müssen. Ich bin der Überzeugung, die Mehrheit des Landes wird dann sehen, dass es ein richtiges Projekt ist. Ich bin auch überzeugt, dass alle im Land den Ausgang dieser Volksabstimmung akzeptieren werden und dass das Projekt dann mit verstärkter demokratischer Legitimation zu Ende geführt wird.

Diese Volksabstimmung ist also in der Tat dazu geeignet, die Situation zu befrieden. Rückblickend auf die letzte Woche und Aspekte dieser Debatte stelle ich fest, dass es auf beiden Seiten viele Denunziationen gab: Die einen wurden als Berufsdemonstranten und Demokratiefeinde geschmäht; hingegen wurden Abgeordnete dieses Hauses, die S 21 unterstützen, als Lügenpack beschimpft. Es gibt weder eine Rechtfertigung für das eine noch für das andere.

Diese Form der Auseinandersetzung hat zu genau der Konfrontation geführt, die wir jetzt beklagen. Genauso klar ist aber auch, dass eine Regierung gegenüber den demonstrierenden Bürgerinnen und Bürgern eine Bringschuld hat, die ihr unsere Verfassung auferlegt. Das Demonstrationsrecht gebietet den Regierenden Respekt und verlangt zugleich Schutz für diejenigen, die es in Anspruch nehmen. Wenn dann von Berufsrevoluzzern und Berufsdemonstranten gesprochen wird, von Altlinken, die hier ihren letzten Kampf ausfechten, und Pflastersteine erfunden werden, wo es keine gab, dann ist das natürlich ein schwieriger Weg, und dann ist

auf Seiten der Regierung ein fundamentales Missverständnis über das Demonstrationsrecht festzustellen.

Ich habe mir selbst ein Bild gemacht am Donnerstag und Freitag, und ich teile die Einschätzung derjenigen, die sagen: Das war zum weit überwiegenden Teil eine friedliche Demonstrantenschar. Ich sage auch und gerade an die Adresse der sogenannten liberal-bürgerlichen Partei hier im Hause: Es ist das Bürgertum dieser Stadt und dieser Gesellschaft, das dort unterwegs ist. Wir sollten das nicht geringschätzen.

Die Innenausschusssitzung hat aber auch gezeigt: Es gab Provokation und Aggression von Seiten der Demonstranten. Dies war auch schon vor der Eskalation der Fall. Ich erinnere an die ausgespannten Drahtschnüre im Schlossgarten, um Polizeipferde zum Stolpern zu bringen. Deshalb sage ich genauso deutlich: Auch Demonstranten müssen sich an Recht und Gesetz halten.

Aber wir haben es nicht nötig, in diesem Haus einzelnen Abgeordneten oder einzelnen Fraktionen Treueschwüre zum Rechtsstaat abzuverlangen. Diese Zeiten sind vorbei. Das will ich auch deutlich sagen.

Der massive Polizeieinsatz wurde im Innenausschuss aufgearbeitet. Wir sind der Meinung, er ist aus dem Ruder gelaufen. Ich weise aber vor allem darauf hin, dass nach unserer Auffassung dieser Einsatz völlig überflüssig war. Wir haben einen Baustopp gefordert, um eine Volksabstimmung durchzuführen. Deshalb sind auch diese Baumfällarbeiten nicht nötig gewesen. Wir wollen gerade nicht, dass dieses Bauvorhaben durch geknüpelt wird.

Sie, Herr Mappus und Herr Rech, haben diesen Vorschlag abgelehnt. Gleichzeitig sind unsere Polizistinnen und Polizisten zum Prellbock für politische Fehlentscheidungen geworden. Auch das darf so nicht mehr stattfinden.

Schließlich hat am gestrigen Tag die Polizeiführung die Verantwortung für den Einsatz und seinen Ablauf übernommen. Da bekennt sich also Herr Stumpf tapfer zu seiner Verantwortung, und daneben steht ein Innenminister, der so tut, als ginge ihn das alles gar nichts an. Entweder hat er wirklich nicht gewusst, was da abläuft, oder er verschleiert seine Rolle. Zur weißen Weste, Herr Rech, reicht es jedenfalls nicht. Deshalb sage ich erneut: Herr Rech, Sie sind Ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht geworden. Ich fordere Sie auf, selbst die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Zum Abschluss will ich auf das Verhältnis unserer Menschen zum Gemeinwesen eingehen. Wir freuen uns alle zu Recht Jahr für Jahr über viele Bürgerinnen und Bürger, die sich öffentlich engagieren. Die Regierung hat bislang vergessen zu sagen, wo ihr dieses Engagement angenehm und wo es ihr nicht angenehm ist. Jetzt wissen wir es: Solange es Ihnen in den Kram passt, ist es gut. Wenn es aber nicht mehr passt, dann wird es stigmatisiert und teilweise auch kriminalisiert. So kann man mit den Bürgern des Landes nicht umgehen, Herr Mappus.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass wir nicht vordemokratisch die Motive derjenigen hinterfragen, die sich politisch engagieren. Nein, in unserem Bürgerchaftsland Baden-Württemberg, dem Land des bürgerschaftlichen Engagements, ist ein Nützlichkeitsverständnis beim politischen Engagement fehl am Platze! Ich freue mich über jeden Bürger und jede Bürgerin, die sich für öffentliche Angelegenheiten interessieren und sich für unser Gemeinwesen engagieren.

Wir wissen doch aus der eigenen Erfahrung: Dies beginnt meistens mit der direkten, persönlichen Betroffenheit. Da gibt es die jungen Leute, die sagen: Das Jugendhaus ist gefährdet, weil die Finanzierung nicht stimmt. Da gibt es Anwohner, die eine Umgehungsstraße fordern, und andere, die eine Umgehungsstraße ablehnen. Dann gibt es Bürger, die in Sportvereinen engagiert sind und der Meinung sind, der Bürgermeister tue zu wenig dafür, und sich deshalb vor Ort einbringen. Und es gibt dann Leute, die aus dem beruflichen Umfeld den Weg zum gesellschaftlichen und politischen Engagement finden: die Schlecker-Betriebsrätin, die mit den Arbeitsbedingungen nicht einverstanden ist, der Unternehmer, der sagt: „Die Politik vergisst meine Anliegen“. Ich sage Ihnen auch vor diesem Hintergrund: Ein jeder und eine jede ist gleich viel wert. Wir brauchen viel mehr Menschen, die sich für das öffentliche Wohl interessieren und engagieren!

Der Ruf des Landes ist beschädigt. Landauf, landab wird gefragt, was in Baden-Württemberg für Zustände eingerissen sind, wie weit sich eine Regierung vom Volk entfernen kann, um so gegen Kinder und Jugendliche vorzugehen, wie es im Schlossgarten geschehen ist.

Es stimmt: Der Ruf unseres Landes könnte auch darunter leiden, dass sich ein großes Zukunftsprojekt als undurchführbar erweisen könnte. Diese Sorge wäre aber unbegründet, wenn Herr Mappus und seine Vorgänger es verstanden hätten, Stuttgart 21 wirklich offensiv zu kommunizieren und dafür Überzeugungsarbeit zu leisten.

Wir sind in Sorge um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. In einem Land, in dem der Verbrennungsmotor erfunden wurde, in dem der Zeppelin gebaut wurde und gebaut wird, in dem Hunderttausende in Entwicklung und Forschungen arbeiten und tagtäglich erleben, was eine Gesellschaft voranbringt – in einem solchen Land ist es ohne Weiteres möglich, das Pro und Kontra eines sol-

chen Bahnprojekts zu vermitteln und die Menschen dann auch darüber abstimmen zu lassen. Dann würde auch nicht der Ruf entstehen: In Baden-Württemberg ginge es grundsätzlich technikfeindlich zu.

Der Ministerpräsident und auch Herr Hauk haben in ihren Reden noch einmal deutlich gemacht: Sie haben die Dimension des Problems nicht erkannt! Sie haben nicht erkannt, dass es nicht allein um den Bahnhof geht, sondern um den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es geht schon lang nicht mehr um das Pro und Kontra dieses Bahnhofs. Es geht um die Frage, wie wir in diesem Land miteinander leben wollen.

Inzwischen hat Herr Mappus erreicht, was die militantesten Gegner von S 21 nicht erreicht haben. Er hat erreicht, dass viele Befürworter daran zweifeln, dass es richtig ist, dieses Projekt so durchzuführen. Das ist der Zustand, in dem sich dieses Projekt jetzt befindet. Deshalb sage ich: Der Ministerpräsident hat heute keinen Weg aufgezeigt, wie er das Land aus der Konfrontation herausführen wird.

Wir haben das gemacht. Die SPD hat einen Weg aufgezeigt, der auf Vernunft setzt, auf sachliche Auseinandersetzung der Pros und Kontras, auf einen Weg, der die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.

Hinter dem Misslingen dieser Regierungserklärung steckt ein Grundproblem des Herrn Mappus. Er hat immer gewusst, dass er unbedingt Ministerpräsident werden will. Er weiß aber bis heute nicht, weshalb er Ministerpräsident sein will. Herr Mappus hat sich in seiner bisherigen Amtszeit keinen Begriff davon gemacht, was es heißt, Baden-Württemberg zu regieren. Er hat kein Bild davon, wie das Land regiert werden soll.

Sie haben Willen zur Macht gezeigt, Herr Mappus, aber nicht deutlich machen können, wie Sie politische Macht zum Wohl des Landes einsetzen wollen.

Dann kam Stuttgart 21, vermeintlich Ihr Thema – und jetzt haben wir einen Scherbenhaufen. Das ist ein Scherbenhaufen, den Sie zu verantworten haben!

Deshalb sage ich Ihnen: Wir haben die Chance zur Umkehr. Auch Sie haben die Chance zur Umkehr. Der Weg der Versöhnung, der Weg der Vernunft steht Ihnen offen. Die SPD bietet ihn an. Wir bitten alle politischen Kräfte dieses Hauses, darauf hinzuwirken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!